

Weilburger Anzeiger

Kreisblatt für den  Oberlahnkreis ♦

Amtliches Organ für sämtliche Bürgermeisterämter des Oberlahnkreises.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Nettopreis und gelegentliches Blatt im Oberlahn-Kreis.
Fernsprecher Nr. 59.

Verantwortlicher Redakteur: **Fr. Cramer**, Weilburg.
Druck und Verlag von **A. Cramer**,
Großherzoglich-Luxemburgischer Postlieferant.

Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark 50 Pf.
Durch die Post bezogen 1,50 M. ohne Bestellgeld.
Inserationsgebühr 15 Pf. die kleine Zeile.

Nr. 24. — 1915.

Weilburg, Freitag, den 29. Januar.

67. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl.

Vom 25. Januar 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrates zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichsgesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

I. Beschlagnahme.

§ 1. Mit dem Beginn des 1. Februar 1915 sind die im Reich vorhandenen Vorräte von Weizen (Dinkel und Spelz), Roggen allein oder mit anderer Frucht gemischt, auch ungedroschen, für die Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. in Berlin, die Vorräte von Weizen-, Roggen-, Hafer- und Weizenmehl vom Kommunalverband beschlagnahmt, in dessen Bezirk sie sich befinden. Mehlvorräte, die sich zu dieser Zeit auf dem Transport befinden, sind für den Kommunalverband beschlagnahmt, in dessen Bezirke sie nach beendigtem Transport abgeliefert werden.

§ 2. Von der Beschlagnahme werden nicht betroffen:
a) Vorräte, die im Eigentum des Reiches, eines Bundesstaats oder Elsaß-Lothringens, insbesondere im Eigentum eines Militärstützpunktes, der Marineverwaltung oder der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung in Berlin oder im Eigentum des Kommunalverbandes stehen, in dessen Bezirke sie sich befinden.
b) Vorräte, die im Eigentum der Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. oder der Zentraleinkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin stehen.
c) Vorräte an gedroschenem Getreide und an Mehl, die zusammen einen Doppelzentner nicht übersteigen.

§ 3. An den beschlagnahmten Gegenständen dürfen Veränderungen nicht vorgenommen werden und rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie sind nichtig, soweit nicht in den §§ 4, 22 etwas anderes bestimmt ist. Insbesondere ist auch das Verschüttern verboten. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen.

§ 4. Die Besitzer von beschlagnahmten Vorräten sind berechtigt und verpflichtet, die zur Erhaltung der Vorräte erforderlichen Handlungen vorzunehmen. Angefangene Transporte dürfen zu Ende geführt werden. Zulässig sind Verkäufe an die Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. bzw. an den zuständigen Kommunalverband (§ 1) sowie alle Veränderungen und Verfügungen, die mit Zustimmung der Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. bzw. des zuständigen Kommunalverbandes erfolgen. Veränderungen eines Kommunalverbandes an einen anderen Kommunalverband bedürfen der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde und sind der Reichsverteilungsstelle (§ 31) anzuzeigen. Trotz der Beschlagnahme dürfen

a) Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe zur Ernährung der Angehörigen ihrer Wirtschaft einschließlich des Gefindes auf den Kopf und Monat 9 Kg. Brotgetreide und zur Frühjahrseinstellung das erforderliche Saatgut verwenden; statt 1 Kg. Brotgetreide können 800 Gr. Mehl verwendet werden. Den Angehörigen der Wirtschaft stehen gleich Naturalberechtigten, insbesondere Altenteiler und Arbeiter, soweit sie Kraft ihrer Berechtigung oder als Lohn Brotgetreide oder Mehl zu beanspruchen haben.

b) Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe und Händler Saatgetreide für Saatwecke liefern, das nachweislich aus landwirtschaftlichen Betrieben stammt, die sich in den letzten 2 Jahren mit dem Verlaufe von Saatgetreide befäßt haben. Anderes Saatgetreide darf nur mit Genehmigung der zuständigen Behörden für Saatwecke geliefert werden.

c) Mühlen das Getreide ausmahlen; das Mehl fällt unter die Beschlagnahme zu Gunsten des Kommunalverbandes, in dessen Bezirk die Mühle liegt.

d) Mühlen der Marineverwaltung im Februar 1915 das Mehl liefern, zu dessen Lieferung in diesem Monat sie aus einem unregelmäßigen Verwahrungsvertrag oder einem ähnlichen Vertragsverhältnis verpflichtet sind.

e) Händler und Handelsmühlen monatlich Mehl bis zur Hälfte der vom 1. bis einschließlich 15. Januar 1915 käuflich gelieferten Mehlmengen veräußern.

f) Bäcker und Konditoren täglich Mehl in einer Menge, die drei Vierteln des durchschnittlichen Tagesverbrauchs vom 1. bis einschließlich 15. Januar 1915 entspricht, verbucken; die Beschränkung auf diese Menge gilt auch, soweit sie beschlagnahmefreies Mehl verwenden.

g) Bäcker im Februar 1915 das Mehl verbucken, das zur Erfüllung ihrer Lieferungsverpflichtungen an die Heeres-

verwaltungen oder an die Marineverwaltung erforderlich ist.

§ 5. Die Wirkungen der Beschlagnahme endigen mit Enteignung oder mit den nach § 4 zugelassenen Veräußerungen oder Verwendungen.

§ 6. Ueber Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung der §§ 1—5 ergeben, entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

§ 7. Wer unbefugt beschlagnahmte Vorräte bei Seite schafft, beschädigt oder zerstört, verfälscht oder sonst verkauft, kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über sie abschließt, wird mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder mit Geldstrafe bis zu Mark 10000 bestraft. Ebenso wird bestraft, wer die zur Erhaltung der Vorräte erforderlichen Handlungen pflichtwidrig unterläßt oder wer als Saatgetreide erworbenes Getreide zu anderen Zwecken verwendet, oder wer entgegen der Vorschrift in § 4 Abs. 4 beschlagnahmefreies Mehl verwendet.

II. Anzeigepflicht.

§ 8. Wer Vorräte der in § 1 bezeichneten Art, sowie Hafer mit Beginn des 1. Februars 1915 in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, die Vorräte und ihre Eigentümer der zuständigen Behörde anzuzeigen, in deren Bezirk die Vorräte lagern. Die Anzeige über Vorräte, die sich zu dieser Zeit auf dem Transport befinden, ist unverzüglich nach dem Empfang von dem Empfänger zu erstatten. Bei Personen, deren Vorräte weniger als einen Doppelzentner betragen, beschränkt sich die Anzeigepflicht auf die Versicherung, daß die Vorräte nicht größer sind.

Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht auf Vorräte, die im Eigentum der Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. oder der Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. stehen. Vorräte, die als Saatgut (§ 4 Abs. 4a) beansprucht werden, sind besonders anzugeben.

§ 9. Die Anzeigen sind der zuständigen Behörde bis zum 5. Februar 1915 einzureichen. Die Landeszentralbehörden haben bis zum 20. Februar 1915 der Reichsverteilungsstelle ein Verzeichnis der vorhandenen Vorräte und der Zahl der unter § 4 Abs. 4a fallenden Personen getrennt nach Kommunalverbänden einzureichen. In dem Verzeichnis sind diejenigen Vorräte gefondert anzugeben, die im Eigentum des Reiches, eines Bundesstaates oder Elsaß-Lothringens, insbesondere eines Militärstützpunktes, der Marineverwaltung oder der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung stehen. Für die Anzeigen sind die vom Bundesrat festgestellten Formulare zu benutzen.

§ 10. Bäcker, Konditoren, Händler und Handelsmühlen, die von den Befugnissen des § 4 Abs. 4 Gebrauch machen wollen, haben zugleich mit der Anzeige nach § 8 anzugeben, wieviel Mehl sie in der Zeit vom 1. bis einschließlich 15. Januar 1915 als Bäcker oder Konditoren verbucken oder als Händler oder als Handelsmühlen käuflich geliefert haben.

§ 11. Mühlen, Bäcker, Konditoren und Händler, die von den Befugnissen des § 4 Abs. 4 Gebrauch machen, haben nach näherer Bestimmung der Landeszentralbehörde über die eingetretenen Veränderungen ihrer Bestände der zuständigen Behörde Anzeige zu erstatten.

§ 12. Die zuständige Behörde ist berechtigt, zur Nachprüfung der Angaben die Vorräte und Betriebsräume des Anzeigepflichtigen zu untersuchen und seine Bücher prüfen zu lassen.

§ 13. Wer die Anzeigen nicht in der gesetzten Frist erstattet, oder wer wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Gibt ein Anzeigepflichtiger bei Erstattung der Anzeige Vorräte an, die er bei der Aufnahme der Vorräte vom 1. Dezember 1914 verschwiegen hat, so bleibt er von der durch das Verschweigen bewirkten Strafe frei.

III. Enteignung.

§ 14. Das Eigentum an den beschlagnahmten Vorräten geht durch Anordnung der zuständigen Behörden auf die Personen über, zu deren Gunsten die Beschlagnahme erfolgt ist. Beantragt der Berechtigte die Ueberweisung an eine andere Person, so ist das Eigentum auf diese zu übertragen; sie ist in der Anordnung zu bezeichnen.

Bei Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe ist vor der Enteignung festzustellen, welche Vorräte sie nach dem Maßstab des § 4 Abs. 4a für die Zeit vom 1. August 1915 zur Ernährung und Frühjahrseinstellung nötig haben. Diese Vorräte sind auszusondern und von der Enteignung auszunehmen; sie werden mit der Aussonderung von der Beschlagnahme frei. Saatgetreide, das nachweislich aus landwirtschaftlichen Betrieben stammt, die sich in den letzten zwei Jahren mit dem Verlaufe von Saatgetreide befäßt haben, ist gleichfalls auszusondern und von der Enteignung auszunehmen; es wird mit der Aussonderung von der Beschlagnahme frei.

§ 15. Die Anordnung, durch die enteignet wird, kann an den einzelnen Besitzer oder alle Besitzer des Bezirks oder eines Teils des Bezirks gerichtet werden. Im ersteren Falle geht das Eigentum über, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht, im letzteren Falle mit Ablauf des Tages nach Ausgabe des amtlichen Blattes, in dem die Anordnung amtlich veröffentlicht wird.

§ 16. Der Erwerber hat für die überlassenen Vorräte einen angemessenen Preis zu zahlen.

Soweit anzeigepflichtige Vorräte nicht ausgezeigt sind, wird für sie kein Preis gezahlt. In besonderen Fällen kann die höhere Verwaltungsbehörde Ausnahmen zulassen.

Bei Gegenständen, für die Höchstpreise festgesetzt sind, wird der Uebernahmepreis unter Berücksichtigung des zur Zeit der Enteignung geltenden Höchstpreises, sowie der Güte und Verwertbarkeit der Vorräte von der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung von Sachverständigen endgültig festgesetzt.

Bei Gegenständen, für die keine Höchstpreise festgesetzt sind, tritt anstelle des Höchstpreises der Durchschnittspreis, der in der Zeit vom 1. bis einschließlich 15. Januar 1915 an dem maßgebenden Markttorte gezahlt ist. Ist ein Durchschnittspreis nicht zu ermitteln, so sind die tatsächlich gemachten Aufwendungen zu berücksichtigen.

§ 17. Der Besitzer der enteigneten Vorräte ist verpflichtet, sie zu verwahren, und pfleglich zu behandeln, bis der Erwerber sie in seinen Gewahrsam übernimmt. Dem Besitzer ist hierfür eine angemessene Vergütung zu gewähren, die von der höheren Verwaltungsbehörde endgültig festgesetzt wird.

§ 18. Bezieht sich die Anordnung auf Erzeugnisse eines Grundstücks, so werden diese von der Haftung für Hypotheken-, Grundschulden und Rentenschulden frei, soweit sie nicht vor dem 1. Februar 1915 zu Gunsten des Gläubigers in Beschlagnahme genommen worden sind.

§ 19. Ueber Streitigkeiten, die sich bei dem Enteignungsverfahren ergeben, entscheidet endgültig die höhere Verwaltungsbehörde.

§ 20. Wer den Verpflichtungen des § 17, enteignete Vorräte zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft.

IV. Sondervorschriften für unausgedroschenes Getreide.

§ 21. Bei unausgedroschenem Getreide erstrecken sich Beschlagnahme und Enteignung auch auf den Dalm. Bei dem Ausdreschen wird das Stroh von der Beschlagnahme frei. Wird erst nach der Beschlagnahme ausgedroschen, so fällt das Eigentum an Stroh an den bisherigen Eigentümer zurück, sobald das Getreide ausgedroschen ist.

§ 22. Der Besitzer ist durch die Beschlagnahme oder die Enteignung nicht gehindert, das Getreide auszudreschen.

§ 23. Die zuständige Behörde kann auf Antrag desjenigen, zu dessen Gunsten beschlagnahmt oder enteignet ist, bestimmen, daß das Getreide von dem Besitzer mit den Mitteln seines landwirtschaftlichen Betriebes binnen einer zu bestimmenden Frist ausgedroschen wird. Kommt der Verpflichtete dem Verlangen nicht nach, so kann die zuständige Behörde das Ausdreschen auf dessen Kosten durch einen Dritten vornehmen lassen. Der Verpflichtete hat die Vornahme in seinen Wirtschaftsräumen und mit den Mitteln seines Betriebes zu gestatten.

§ 24. Der Uebernahmepreis ist gemäß § 16 festzusetzen, nachdem das Getreide ausgedroschen ist.

§ 25. Ueber Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung der §§ 21 bis 24 ergeben, entscheidet endgültig die höhere Verwaltungsbehörde.

V. Verhältnis der Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. zu den Kommunalverbänden.

§ 26. Die Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. ist verpflichtet:

a) Getreide, das in ihrem Eigentum steht oder zu ihren Gunsten beschlagnahmt ist, dem Kommunalverband in dessen Bezirk es sich befindet, auf sein Verlangen bis zur Höhe des auf ihn entfallenden Bedarfsanteils (§ 32) zu übereignen oder die Enteignung zu seinen Gunsten herbeizuführen;

b) auf Verlangen eines Kommunalverbandes das für diesen beschlagnahmte Mehl, soweit es nach Güte, Menge und Lagerung den Lombardbedingungen der Dabreheinstaffel Berlin genügt, zu übernehmen, sowie für den Verkauf des beschlagnahmten Mehles bemüht zu sein;

c) auf Wunsch eines Kommunalverbandes das Getreide, das sich mit Beginn des 1. Februar 1915 in seinem Bezirk befindet, nach Möglichkeit dort bis zur Höhe des auf ihn entfallenden Bedarfsanteils (§ 32) zu belassen und zum Ausmahlen die Mühlen des Bezirks heranzuziehen.

VI. Mahlpflicht und Regelung d. Mehlverkehrs.

§ 27. Die Mühlen haben das Getreide zu mahlen, das die Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H., die Zentraleinkaufsgesellschaft m. b. H. oder der Kommunalverband, in dessen Bezirk sie liegen, ihnen zuweist.

Die höhere Verwaltungsbehörde setzt erforderlichenfalls einen angemessenen Mahlohn fest: die Entscheidung ist endgültig.

§ 28. Die Mühlen dürfen Mehl, das in ihrem Eigentum steht, nur an die Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. oder an den Kommunalverband abgeben. Dies gilt nicht für die nach § 4, Abs. 4d und e zugelassenen Lieferungen.

Die Kriegs-Getreide-Gesellschaft m. b. H. darf Mehl nur an Kommunalverbände, an die Heeresverwaltungen oder die Marineverwaltung abgeben. Der Uebernahmepreis ist erforderlichenfalls bei der Abgabe an Kommunalverbände, an die Heeresverwaltungen oder an die Marineverwaltung unter Berücksichtigung des Einstandspreises und des Mahllons (§ 27) im Falle des Absatzes 1 von der höheren Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk die Mühle liegt, im Falle des Absatzes 2 von dem Reichskanzler endgültig festzusetzen.

§ 29. Beim Ausmahlen von Getreide, das unter die Beschlagnahme fällt oder das eine Mühle von der Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. oder von einem Kommunalverband erhalten hat, ist die Mühle verpflichtet, die entstehende Kleie, soweit sie in ihrem Eigentum steht, an die vom Reichskanzler zu bestimmende Stelle abzugeben.

Hat die Mühle das Getreide von einem Kommunalverband erhalten, so hat sie auf Verlangen des Kommunalverbandes die Kleie an ihn abzugeben.

Der Preis wird unter Berücksichtigung des Höchstpreises sowie der Güte der Kleie von der höheren Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk die Mühle liegt, nach Anhörung von Sachverständigen endgültig festgesetzt.

§ 30. Wer der Vorschrift des § 27 Abs. 1 zuwiderhandelt, oder wer entgegen den Vorschriften der §§ 28 und 29, soweit sie für Mühlen gelten, Mehl oder Kleie abgibt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

VII. Verbrauchsregelung.

§ 31. Unter der Bezeichnung Reichsverteilungsstelle wird eine Behörde gebildet.

Die Behörde besteht aus 16 Bevollmächtigten zum Bundesrat und zwar außer dem Vorsitzenden aus vier königlich preussischen, zwei königlich bayrischen, einem königlich sächsischen, einem königlich württembergischen, einem großherzoglich badischen, einem großherzoglich hessischen, einem großherzoglich mecklenburg-schwerinschen, einem großherzoglich sächsischen, einem herzoglich anhaltischen, einem hanseatischen und einem eisen-lothringischen Bevollmächtigten. Außerdem gehören ihr je ein Vertreter des deutschen Landwirtschaftsrates, des deutschen Handelstages und des deutschen Städtetages an. Der Reichskanzler erläßt die näheren Bestimmungen.

§ 32. Die Reichsverteilungsstelle hat die Aufgabe, mit Hilfe der Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. für die Verteilung der vorhandenen Vorräte über das Reich für die Zeit bis zur nächsten Ernte nach den vom Bundesrat aufzustellenden Grundsätzen zu sorgen.

§ 33. Die Kommunalverbände haben auf Erfordern der Reichsverteilungsstelle Auskunft zu geben und überschüssige Mehlvorräte an die von ihr bezeichneten Stellen abzugeben.

§ 34. Die Kommunalverbände haben den Verbrauch der Vorräte in ihren Bezirken zu regeln, insbesondere die Verteilung von Mehl an Bäcker, Konditoren und Kleinhändler vorzunehmen. Dabei darf nicht mehr abgegeben werden als die von der Reichsverteilungsstelle für den betreffenden Zeitraum festgesetzten Mengen.

§ 35. Die Kommunalverbände können den Gemeinden die Regelung des Verbrauchs (§ 34) für den Bezirk der Gemeinden übertragen.

Gemeinden, die nach der letzten Volkszählung mehr als 10 000 Einwohner hatten, können die Uebertragung verlangen.

§ 36. Die Kommunalverbände oder die Gemeinden, denen die Regelung ihres Verbrauchs übertragen ist, können zu diesem Zweck insbesondere

- a) anordnen, daß nur Einheitsbrote bereitet werden dürfen,
- b) das Bereiten von Kuchen verbieten oder einschränken,
- c) das Durchmahlen des Getreides auch in solchen Mühlen gestatten, die das gesetzliche Ausmahlverhältnis nicht erreichen, aber wenigstens bis zu 75 vom Hundert ausmahlen. In diesen Fällen sind sie befugt, das Ausmahlverhältnis entsprechend festzusetzen.
- d) die Abgabe und die Entnahme von Brot und Mehl in bestimmten Mengen, Abgabestellen und Zeiten, sowie in anderer Weise beschränken,
- e) Händlern, Bäckern und Konditoren die Abgabe von Brot und Mehl außerhalb des Bezirks ihrer gewerblichen Niederlassung verbieten oder beschränken.

§ 37. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten höheren Verwaltungsbehörden können die Art der Regelung (§ 34 bis 36 und 40) vorschreiben.

§ 38. Zur Durchführung der Maßnahmen sollen in den Kommunalverbänden und den Gemeinden, denen die Regelung des Verbrauchs übertragen ist, besondere Ausschüsse gebildet werden.

§ 39. Verbraucht ein Kommunalverband innerhalb eines Monats weniger, als die ihm für diese Zeit zugewiesene Getreide- oder Mehlmenge, so hat ihm die Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. ein Zehntel des Preises der ersparten Menge zu vergüten; der Kommunalverband hat die ersparte Menge der Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. zur Verfügung zu stellen. Die vergüteten Beträge sind für die Volksernährung zu verwenden.

§ 40. Die Kommunalverbände oder die Gemeinden, denen die Regelung ihres Verbrauchs übertragen ist, haben den Preis für das von ihnen ausgegebene Mehl festzusetzen. Etwaige Ueberschüsse sind für die Volksernährung zu verwenden.

§ 41. Die Kommunalverbände oder die Gemeinden, denen die Regelung des Verbrauchs übertragen ist, können in ihrem Bezirk Lageräume für die Lagerung der Vor-

räte in Anspruch nehmen. Die Vergütung setzt die höhere Verwaltungsbehörde endgültig fest.

§ 42. Die Landeszentralbehörden können Bestimmungen über das Verfahren beim Verlaß der Anordnung treffen. Diese Bestimmungen können von den Landesgesetzen abweichen.

§ 43. Ueber Streitigkeiten, die bei der Verbrauchsregelung (§ 34 bis 41) entstehen, entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

§ 44. Wer den Anordnungen zuwiderhandelt, die ein Kommunalverband oder eine Gemeinde, der die Regelung ihres Verbrauchs übertragen ist, zur Durchführung dieser Maßnahmen erlassen hat, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

VIII. Ausländisches Getreide und Mehl.

§ 45. Die Vorschriften dieser Verordnung beziehen sich nicht auf Getreide und Mehl, die nach dem 31. Januar 1915 aus dem Auslande eingeführt werden. Das aus dem Auslande eingeführte Getreide und Mehl darf von dem Einführenden nur an die Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. und die Zentraleinkaufsgesellschaft m. b. H. oder an Kommunalverbände abgegeben werden.

IX. Ausführungsbestimmungen.

§ 46. Die Landeszentralbehörden erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen. Sie können besondere Vermittlungsstellen errichten, denen die Unterverteilung und Bedarfsregelung in ihrem Bezirke obliegt.

§ 47. Wer den von den Zentralbehörden erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

§ 48. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als Kommunalverband, als Gemeinde, als zuständige Behörde und als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

X. Uebergangsvorschriften.

§ 49. Die Abgabe von Weizen-, Roggen-, Hafer- und Gerstenmehl im Geschäftsverkehr ist in der Zeit vom 26. bis zum Ablauf des 31. Januar 1915 verboten. Nicht verboten sind Lieferungen an Behörden, öffentliche und gemeinnützige Anstalten, Händler, Bäcker und Konditoren.

§ 50. Wer den Vorschriften des § 49 zuwiderhandelt, Mehl abgibt oder erwirbt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

§ 51. Bis zur Durchführung der Verbrauchsregelung durch die Reichsverteilungsstelle können im Falle dringenden Bedarfs die Landeszentralbehörden oder die von ihr bezeichneten Behörden die Ueberweisung von Mehl aus dem Bezirk eines Kommunalverbandes in einen anderen Kommunalverband anordnen. Behörden die Kommunalverbände verändernden Bundesstaaten an, so hat der Reichskanzler die gleiche Befugnis, der sich zuvor mit den beteiligten Landeszentralbehörden ins Benehmen zu setzen hat. Die übereinigten Mengen sind der Reichsverteilungsstelle anzuzeigen.

XI. Zwangsbeschlüsse.

§ 52. Die zuständigen Behörden können Geschäfte schließen, deren Inhaber oder Betriebsleiter in der Befolgung der Pflichten unzuverlässig erscheinen, die ihnen durch diese Verordnung oder die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen auferlegt sind. Gegen die Verfügung ist Beschwerde zulässig. Sie hat keine aufschiebende Wirkung. Ueber die Beschwerde entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde.

XII. Schlussvorschriften.

§ 53. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt, mit welchem Tage die Vorschrift des § 29 Abs. 1 in Kraft tritt.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieser Verordnung.

Berlin, den 25. Januar 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

Ausführungs-Anweisung

zur Verordnung des Bundesrates über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl vom 25. Januar 1915.

1. Beschlagnahme

Zu § 1. Kommunalverbände im Sinne der Bundesratsverordnung sind die Stadt- und Landkreise. Höhere Verwaltungsbehörden sind der Regierungspräsident, für Berlin der Oberpräsident.

Zu § 2. Die Vorschrift bezieht sich auf die in einem Haushalt oder Betriebe vorhandenen Vorräte.

Zu § 4. Die in § 1 bezeichneten Getreidevorräte sind zugunsten der Kriegsgetreidegesellschaft beschlaggenommen. Es ist darauf hinzuwirken, daß die Besitzer den Verkauf an die Kriegsgetreidegesellschaft freihändig vornehmen.

Zu a) Naturalberechtigter, Altenteiler, Deputanten usw. haben nicht die ihnen vertragmäßig zustehende Menge von Brotkorn oder Mehl in Natur zu beanspruchen, sondern höchstens 9 Kilogramm Brotgetreide für den Kopf und Monat oder statt je eines Kilogramm Brotgetreide 800 Gramm Mehl. Soweit die bis zum 1. April 1915 fälligen Naturalbezüge bereits ausgehändigt sind, dürfen die Unternehmer landwirtschaftlichen Betriebe nur die nach dem 1. April fälligen Korn- und Mehlmengen entnehmen und beider Enteignung (vergl. § 14 Abs. 3) ausfordern.

Zu b) Der Nachweis, daß das Saatgetreide aus landwirtschaftlichen Betrieben stammt, die sich in den letzten zwei Jahren mit dem Getreide von Saatgetreide befaßt haben, ist erforderlichen Falles durch Vorlage des Fruchtbriefes, der Rechnung, eines Zeugnisses der Landwirtschaftskammer oder ähnlicher Beweismittel zu erbringen.

Zu § 6. Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung der §§ 1 bis 6 ergeben, hat der Landrat (in Stadtkreisen der Gemeindevorstand) zu entscheiden. Auf Beschwerde entscheidet der Regierungspräsident, in Berlin der Oberpräsident endgültig.

Zu § 7. Zu den im § 7 verbotenen Handlungen gehört auch die Verfüllung der im § 1 bezeichneten Vorräte.

Die Ortsbehörden haben dies öffentlich bekannt zu machen; die Ortspolizeibehörden haben für eine strenge Ueberwachung der Verbote zu sorgen. Die Gerichte werden für eine schnelle Erledigung der erlassenen Strafanzeigen sorgen.

II. Durchführung der Anzeigepflicht.

Zu § 8. Die Vordrucke für die Anzeigen gehen den Gemeindevorständen der Stadtkreise und den Landräten, diesen zur sofortigen Verteilung an die Ortsbehörden unmittelbar zu; sie bedürfen keiner Erläuterung. Die Ortsbehörden haben öffentlich bekannt zu machen, daß alle Eintragungen in den Vordrucken nur in Zentnern erfolgen dürfen. Im Eigentum der Kriegs-Getreide-Gesellschaft stehen lediglich solche Vorräte, die

bereits vor dem 1. Februar 1915 von einem Vertreter der Kriegs-Getreide-Gesellschaft abgenommen sind. Vorräte, die nach dem 1. Februar 1915 abgenommen sind, hat der Besitzer anzuzeigen.

Zu § 9. Die Anzeigen sind bis zum 6. Februar 1915 bei der Gemeinde-(Stadt-)Vorstände zu erstatten. Der Gemeindevorstand kann, falls die Seelenzahl oder die zerstreute Lage des Ortes dies erforderlich macht, Meldebezirke und für diese Bezirke Meldestellen errichten. Er kann auch, wie bei der Abnahme von Zählungen, die Anzeigenscheine austreten lassen und die Zähler mit der Unterstützung der Anzeigepflichtigen bei der Ausfüllung der Vordrucke beauftragen.

Wer keinen Vordruck erhalten hat, hat dies dem Gemeindevorstande oder der Meldestelle anzuzeigen. Von den Zählern und allen Beamten, deren Befreiung vom Dienste in dem Anzeigenscheine möglich ist, wird erwartet, daß sie sich dem Gemeindevorstande zur Durchführung dieser vaterländischen Aufgabe zur Verfügung stellen.

Die Formulare für die Zusammenstellung und Aufrechnung der Anzeigen werden den Gemeindevorständen der Stadtkreise und den Landräten zur Verteilung überliefert.

Als Bezirks-, Orts- und Kreislisten dürfen nur diese Formulare verwendet werden.

Sind Meldebezirke gebildet und erfolgt die Zusammenstellung der Anzeigen durch Zähler, so haben diese in einer besonderen Liste für jeden Meldebezirk das Ergebnis der Zusammenstellung einzutragen, welche Vorräte von mehr als 10 Zentnern betreffen, und die Anzeigen, nach der Reihenfolge in dieser Liste geordnet, mit der aufgeführten Ortsliste an den Gemeindevorstand zu überreichen. Die Anzeigen über Vorräte von weniger als 10 Zentnern sind ebenfalls an den Gemeindevorstand oder nach dessen Bestimmung an die Meldestelle abzugeben und von diesen sorgfältig aufzubewahren. Der Gemeindevorstand hat die Angaben der Anzeigepflichtigen auf Vollständigkeit und Richtigkeit zu prüfen. Sind keine Meldebezirke gebildet, so hat er die Anzeigen, welche Vorräte von mehr als 10 Zentnern betreffen, in eine Ortsliste einzutragen, diese aufzurechnen und bis spätestens 10. Februar dem Landrat anzuzeigen. Sind Meldebezirke gebildet, so hat er die Ortsliste der Bezirkslisten zu einer Ortsliste zusammenzustellen, aufzurechnen und diese dem Landrat anzuzeigen. Eine Abzählung der Ortsliste und die gesamten Anzeigenscheine verbleiben bei dem Gemeindevorstande. In die Bezirks- und Ortslisten sind nur solche Angaben aufzunehmen, für welche in diesen eine besondere Spalte vorgesehen ist. Ueber die Aufarbeitung der Anzeigen über das Saatgut auf Seite 2 des Anzeigenvordruckes, welche besondere Anweisung. Den Gemeindevorständen wird empfohlen, eine Aufrechnung dieser Angaben in unmittelbarer Verbindung mit der Aufstellung der Ortslisten vorzunehmen. Der Landrat hat die Ortslisten in eine Kreisliste zu übertragen, die zu einer Schlusssumme aufzurechnen, das Ergebnis rechnerisch festzustellen, die Liste daraufhin zu bezeichnen, daß in sämtlichen Gemeinden des Kreises enthalten sind, und sie bis zum 15. Februar an das königl. Preuss. Statistische Landesamt in Berlin S. W. 68, Lindenstraße 24, abzugeben. Die Stadtkreise haben ihre Kreislisten in gleicher Weise aufzurechnen und abzugeben bis zum 15. Februar an das Statistische Landesamt zu senden. Das kgl. Statistische Landesamt wird mit der Aufrechnung der Kreislisten beauftragt und hat das im § 9 der Verordnung erforderliche Verzeichnis bis zum 26. Februar an die Reichsverteilungsstelle einzureichen.

Zu § 10. Zur Anzeige der vorhandenen Vorräte sind in die mit Hotels, Gast- und Schankwirtschaften und sonstigen Gewerbebetrieben verbundenen Bäckereien verpflichtet.

Zu § 11. Die Anzeigen sind am 1., 10. und 20. je Monats, erstmalig am 10. Februar, an den Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Meldestelle zu erstatten. Der Gemeindevorstand kann ein Anzeigenscheintableau vorschreiben.

Zu § 12. Zur Vornahme der Nachprüfung hat der Gemeindevorstand Sachverständige zu bestellen. Ehrenamtlich die Nachprüfung nach Anhörung der Innungen wird empfohlen.

Zu § 13. Strenge Ueberwachung der Vorschriften wird durch die Ortspolizeibehörden zur besonderen Pflicht gemacht. Zu dieser Pflicht hat ihnen der Gemeindevorstand die Anzeigen zugunsten zu machen. Auf die Bemerkung zu § 7 wird verwiesen. In landwirtschaftlichen Betrieben, die Vorräte zugunsten der Kommunalverbände ein, ohne Entschädigung für den bisherigen Eigentümer.

Die Gemeindevorstände haben diese Bestimmung besonders bekannt zu machen mit dem Hinweise, daß ein Anzeigenscheintableau am 1. Dezember 1914 Vorräte verschwiegen hat, strafbar bleibt, wenn er sie jetzt richtig angibt.

III. Enteignung.

Zu § 14. Die Anordnung, welche den Eigentumsübergang bewirkt, erläßt der Landrat, in Stadtkreisen der Gemeindevorstand, und zwar, soweit es sich um Getreide handelt, auf Verlangen der Kriegsgetreidegesellschaft. Wegen der Aussonderung der für die Ernährung und Frühjahrbestellung für die landwirtschaftlichen Betriebe erforderlichen Vorräte werden auf die Ausführungsanweisung zu § 4 verwiesen. Bei Aussonderung des Saatgutes ist die etwa bevorstehende Verwertung der Anbaufläche durch Einschränkung des Jucktrübens im Einzelfalle zu berücksichtigen.

Zu § 15. Die Kriegsgetreidegesellschaft wird den Vordrucken neue Vordrucke für die Enteignung der Vorräte einzuliefern und ganze Bezirke überliefern.

Zu § 16. Wegen des Uebernahmepreises wird auf Artikel 12 bis 14 der Ausführungsanweisung vom 23. Dezember 1914 verwiesen. Als Marktort im Sinne des letzten Absatzes im § 16 ist der Ort zu verstehen, dessen Preisfeststellung die Grundlage für die Preisbildung gewesen ist.

Zu § 17. Auch nach der Anordnung, welche den Eigentumsübergang auspricht (vergl. § 14), ist der Besitzer zur Wartung und Pflege der Vorräte verpflichtet und dafür haftbar (vergl. § 4 Abs. 1 und § 19.)

IV. Sondervorschriften für unausgedroschenes Getreide.

Zu § 23. Zuständige Behörde im Sinne des § 23 ist der Landrat, in Stadtkreisen der Gemeindevorstand. Auf Artikel 12 der Ausführungsanweisung vom 23. Dezember 1914 wird verwiesen.

V. Verhältnis der Kriegs-Getreide-Gesellschaft m. b. H. zu den Kommunalverbänden.

Zu § 26. a. Stadt- und Landkreise, welche die Versorgung ihrer Gemeinden mit Brotgetreide in eigene Verwaltung übernehmen wollen, haben sich wegen der Bezahlung oder Kreditierung der ihnen zu übernehmenden Korn- und Mehlmengen mit der Kriegsgetreidegesellschaft in Verbindung zu setzen. Für ländliche Kreise bietet diese Regelung die Möglichkeit, den Vorkornbedarf auch desjenigen Teiles der Bevölkerung, welchem keine eigenen Getreidevorräte zufließen, innerhalb des Kreises ausmahlen zu lassen und den Betrieb der hierbei genommenen Kleie innerhalb des Kreises zu regeln.

b. Uebersteigen die für einen Kommunalverband beschlaggenommenen Mehlvorräte seinen Bedarfsanteil, so empfiehlt es sich, ihre Veräußerung durch den Besitzer an andere Kommunalverbände gemäß § 4 Abs. 3 zu veranlassen. Die Kriegsgetreidegesellschaft wird bei der Vermittlung solcher Verkäufe beihilflich sein. Die Uebernahme durch die Kriegsgetreidegesellschaft kann nur bei Erfolg, welches lombardfähig gelagert ist.

VI. Mahlpflicht und Regelung des Mehlverkehrs.

Zu § 27. Soweit der Mahlohn vertraglich vereinbart ist, ist eine Festsetzung durch die Behörde nicht in Frage.

Zu § 28. Die Vorschrift des § 28 bezieht sich nicht auf die von der Verordnung zulässige Veranlassung der nach §§ 4 und 11 der Verordnung belassenen Vorräte.

Zu § 29. Die Fürsorge für eine dem Bedarfe der Bevölkerung entsprechende Verteilung der Kleie bleibt besonderer Anordnung vorbehalten, deren Erlass nach Feststellung der Vorräte zu erwarten ist.

VII. Verbrauchsregelung.

Zu § 31. Die Reichsverteilungsstelle hat ihren Sitz in Berlin, 10, Lützowufer Nr. 8. Vorsitzender ist der Präsident des Kaiserlichen Statistischen Amtes, Delbrück.

Zu § 36. Sowohl für Roggen, wie für Weizenbrot kann keine bestimmte Form und ein bestimmtes Gewicht (Einheitsbrot) vorgeschrieben werden.
b) Das Backen von Kuchen kann sowohl auf bestimmte Mengen und Arten wie auf bestimmte Tage beschränkt werden.
c) Die Bestimmung, ermdüch eine weitegehende Veräußerung der kleinen Wägen und eine größere Kleieproduktion, bewirkt aber eine entsprechende Verringerung des Brotformvorrates, aber eine entsprechende Verringerung des Brotformvorrates.
d) Der Kommunalvorstand betraut den Gemeindevorstand mit der Verteilung der Weizenbrot, die eine gleichmäßige Befriedigung des Bedarfs antwortet, daß eine gleichmäßige Befriedigung des Bedarfs antwortet, daß eine gleichmäßige Befriedigung des Bedarfs antwortet.
e) an Brot für alle Kreise der Bevölkerung gesichert wird. Die an Brot für alle Kreise der Bevölkerung gesichert wird. Die an Brot für alle Kreise der Bevölkerung gesichert wird.
f) in der dies geschieht, bleibt ihnen überlassen. Im all-
g) gemeinen darf erwartet werden, daß sich dies Ziel ohne weiter-
gehende Beschränkungen des Verkehrs wird erreichen lassen.
h) Sollte dies an einzelnen Orten nicht der Fall sein, so muß
i) von der im § 36 d. gegebenen Ermächtigung Gebrauch gemacht
werden. Es kann z. B. vorgeschrieben werden, daß Brot nur
j) gegen Vorlegung eines von der Polizeibehörde auszustellenden
k) Ausweises (Brotkarte) in der auf dieser Karte für zulässige
l) erklärte Menge auf eine bestimmte Zeit verabfolgt werden darf.
m) Zu § 37. Erweisen sich die Anordnungen eines Kommunal-
n) vorstandes oder einer Gemeinde gemäß § 36 als unzureichend, so
o) kann der Regierungspräsident, in Berlin der Oberpräsident eine
p) andere Regelung vorschreiben.
q) Zu § 38. Der Ausschuss wird vom Kreisaußschuß, in Stadt-
r) und Landkreisen vom Gemeindevorstande gewählt. Soweit der Ausschuss
s) Entscheidungen, insbesondere die Befugnis selbständiger Anordnungen
t) treffen werden soll, bedürfen die hierauf bezüglichen Beschlüsse
u) des Kreisaußschusses oder Gemeindevorstandes der Genehmigung der
v) Kommunalaußschußbehörde. In großen Gemeinden können Unter-
w) ausschüsse gebildet werden.
x) Zu § 42. Anordnungen im Sinne der §§ 34 bis 36 werden
y) von den Landkreisen vom Kreisaußschuß, in den Gemeinden vom Ge-
z) meindevorstande erlassen. Sie bedürfen der Genehmigung der Kom-
aa) munalaußschußbehörde.

VIII. Ausländisches Getreide und Mehl.
IX. Ausführungsbestimmungen.
Zu § 46. Diese Ausführungsanweisung tritt mit dem Tage
der Verkündung in Kraft.
X. Übergangsbestimmungen.
Zu § 49. Das Verkaufsverbot für Mehl in der Zeit vom Be-
ginn des 26. Januar bis zum 31. Januar 1915 soll einer unwirt-
lichen und unvernünftigen Aufstapelung von Mehlvorräten in
den privaten Haushaltungen vorbeugen. Die Polizeibehörden haben
eine Durchsicht der ihnen bereits erteilten Bewilligung gemäß durch-
zuführen und nötigenfalls von der ihnen im § 47 der Verordnung
gegebenen Ermächtigung unmissverständlich Gebrauch zu machen.

XI. Zwangsbesugnisse.
Zu § 52. Die Schließung der Geschäfte kann von der Orts-
polizeibehörde angeordnet werden. Diese Befugnis ist nicht auf die
in § 46 genannten Tage beschränkt; sie besteht vielmehr gegenüber
unzuverlässigen Geschäftsinhabern für die ganze Geltungsdauer der
Verordnung.
Berlin, den 25. Januar 1915.
Der Minister für Handel und Gewerbe.
Sydom.
Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Freiherr von Schorlemer.
Der Finanzminister.
Lenge.
Der Minister des Innern.
von Roßell.

**Bekanntmachung, betreffend die Beschlag-
nahme des Brotgetreides.**
Durch Beschluß des Bundesrats vom heutigen Tage
ist die Beschlagnahme aller Brotgetreide und Mehlvorräte
für das gesamte Reichsgebiet angeordnet worden. In Pri-
vatbesitz verbleiben außer kleineren Mengen unter einem
Hektoliter Doppelzentner und außer Saatgut nur solche Vorräte, die
in landwirtschaftlichen Betrieben zur Ernährung der in
ihnen beschäftigten Personen erforderlich sind. Das gesamte
Brotmehl wird auf die Kommunalverbände nach dem Ver-
hältnis der zu versorgenden Bevölkerung verteilt werden;
die Kommunalverbände werden den Verkauf der ihnen
überwiesenen Vorräte an ihre zu versorgenden Einwohner
regeln, daß jedermann eine entsprechende Menge von
Brot und Mehl erwerben kann und daß andererseits die
Vorräte bis zur nächsten Ernte im Hochsommer voll aus-
reichen.

In der ersten Uebergangszeit werden sich Unregel-
mäßigkeiten in der Brotversorgung naturgemäß nicht ganz
vermeiden lassen, sie werden aber bald und sicher über-
wunden werden.
Daß die angeordnete Maßnahme weit tiefer in das
wirtschaftliche Leben unseres Volkes eingreift, als alle an-
deren bisher vom Bundesrat während des Krieges getrof-
fenen wirtschaftlichen Anordnungen, unterliegt keinem Zwei-
fel. Sie ist aber geboten, um eine ausreichende und gleich-
mäßige Ernährung unseres Volkes mit Brotgetreide bis
zum Erbruch der neuen Ernte sicherzustellen, und ist da-

mit eine staatliche und nationale Lebensnotwendigkeit. Die
bisherigen Maßnahmen haben sich nicht als ausreichend
erwiesen, einen sparsamen Verbrauch unserer an sich zwar
durchaus ausreichenden, aber doch immerhin beschränkten
Brotgetreidevorräte zu gewährleisten; insbesondere haben
sie nicht vermocht, eine Verfüterung des Brotgetreides
wirksam zu verhindern. Zur Erreichung des Zieles blieben
nur zwei Wege: entweder eine ganz außerordentliche Er-
höhung der Brotgetreidepreise, deren starker Druck den
Verbrauch eingeschränkt und namentlich die Verfüterung
ausgeschlossen hätte, oder die Beschlagnahme aller Brot-
getreidevorräte und ihre Verteilung an die Kommunal-
verbände nach dem Verhältnis der zu ernährenden Be-
völkerung. Um dem deutschen Volke in der Kriegszeit eine
weitgehende Verteuerung des Brotes zu ersparen, haben
die Bundesregierungen sich für den zweiten Weg entschie-
den.

Die getroffene Maßnahme gibt uns die Sicherheit,
daß der Plan unserer Feinde, Deutschland auszuhungern,
vereitelt ist; sie gewährleistet uns eine ausreichende Brot-
ernährung bis zur neuen Ernte; sie macht unser Land
auch in diesem wirtschaftlichen Kampfe unbesieglich.
Die unbedingt notwendige, genaue und zuverlässige
Ausführung der Bundesratsverordnung wird an die Staats-
und Kommunalbehörden, insbesondere auch an die bewähr-
ten Organe unserer Selbstverwaltung große Anforderun-
gen stellen. Wir hegen das Vertrauen zu den Behörden
aller Verwaltungen und zu jedem einzelnen Beamten, daß
sie sich, auch soweit sie nicht vermöge ihres Amtes zur
Mitwirkung berufen sind, mit allen Kräften für die Durch-
führung der großen Aufgabe einsetzen und der Bevölke-
rung mit Not und Tat zur Seite stehen werden. Der
willigen Mitarbeit aller Kreise unseres Volkes und seiner
wirtschaftlichen Organisation sind wir gewiß. Jeder ein-
zelne wird sich vor Augen halten, daß die gewissenhafteste
Befolgung der Anordnungen über die Angabe seiner Vor-
räte, über das unbedingte Unterlassen jeder Verfüterung
von Brotgetreide usw. eine ernste und heilige Pflicht gegen
das Vaterland ist, deren Verletzung ihm — ganz abge-
sehen von der ehrenrührigen Gefängnisstrafe — eine schwere
sittliche Schuld aufbürden würde. Demgegenüber muß jede
Rücksicht auf Lebensgewohnheiten und persönliche Inter-
essen zurücktreten.

Der vaterländische Geist und der feste Wille zum Siege,
die sich in unserem Volke in dieser gewaltigen Zeit in so
erhebender Größe offenbaren, geben uns die Gewißheit,
daß jeder Mann und jede Frau im engeren und weiteren
Vaterlande auch hier gern und opferfreudig ihre Schuldig-
keit tun werden. Wie unsere todesmutigen Truppen drau-
ßen auf der Wailat, so wollen und werden auch wir
Daheimgebliebenen zu unserem Teil den großen Kampf
um des Reiches Bestand und Ehre siegreich durchhalten.
Berlin, den 25. Januar 1915.
Das Staatsministerium.
von Bethmann-Hollweg. Delbrück. von Tirpitz.
Befeler. von Breitenbach. Sydom.
von Trott zu Solz. Freiherr von Schorlemer.
Lenge. von Roßell. Kühn. von Jagow.
Wild von Hohenborn.

Weilburg, den 28. Januar 1915.
Vorstehende Bekanntmachungen werden zur allgemei-
nen Kenntnis gebracht.
Die Herren Bürgermeister des Kreises ersuche ich, sich
gefl. umgehend und eingehend mit dem Inhalt der Be-
kannmachungen und den ihnen danach obliegenden Pflich-
ten vertraut zu machen.
Die Formulare zur Durchführung der Anzeigepflicht
(§ 8) gehen Ihnen ohne besonderes Ausschreiben zu; Sie
wollen dieselben alsbald verteilen und für genaueste Durch-
führung der Anzeigepflicht sorgen. Etwa weiterer Be-
darf ist sofort anzufordern. Die Ortslisten sind bestimmt
bis spätestens zum 10. Februar mir einzureichen.
Auf die nach § 13 der Ausführungs-Anweisung er-
forderliche Bekanntmachung weise ich besonders hin.
Alle früheren Anordnungen, die mit den vorstehenden
Anordnungen etwa in Widerspruch stehen, treten außer
Kraft.
Weitere Anweisung folgt.
Der Königliche Landrat: L e g.

Erkämpftes Glück.
Roman von A. Below.
Nachdruck verboten.
Ambrosius, welcher dieselbe gehört hatte, blickte ihn einen
Augenblick vor sich hin an: „Wo die Not am größten ist, ist die
Erfüllung von oben am nächsten.“ sagte er. Ludwig Günther
berief den Fatalisten brüßte den Rücken zu und schritt
ihnen Schrittes von ihm fort. Da aber ertönte plötzlich an
Bord des „Seelöwen“ ein furchtbarer Knall und eine Rauch-
und Feuerfäule schoß zum Himmel empor. Offenbar hatte
dem Schmugglerfahrzeug eine Explosion stattgefunden.
Welcher Art diese war, ließ sich in dieser Entfernung nicht
feststellen. Aber dessen bedurfte es ja auch nicht. „Nun drauf
mit der Bombe“, rief Ambrosius mit flammenden Widen, „der Herr
ist in unsere Hand gegeben.“
Von beiden Seiten schossen die gegnerischen Schiffe auf
den „Seelöwen“ los. An Bord desselben herrschte heilloser
Verwirrung; keiner dachte daran, dem Gegner die Annäherung
wehren. Fast zur selben Zeit traf die Brigg des „Meisters“
an und Ludwig Günthers Vollschiff dem Schmuggler zur Seite
zu. Die Guterhaken wurden eingeschlagen und bald lagen
die drei Fahrzeuge Bord an Bord. Wie ein wilder Berg-
strom ergoß sich die Schar der Verfolger über das feind-
liche Schiff, allen voran Ludwig Günther, ihm zur Seite
Ambrosius.

Im ersten Augenblick schien es, als ob die überraschten
Schmuggler keinen Widerstand zu leisten vermöchten, sie stoben
vor dem Ansturm der Gegner auseinander wie eine Herde
Schafe, in die der Wolf gefahren. Da aber tauchte plötzlich
aus seiner Kajüte der Befehlshaber, Albrecht Matthias, auf.
„Ihr Herren“, donnerte seine Stimme über das Schiff hin,
„mollt Ihr feige am Galgen enden, anstatt Euer Leben so
eher als möglich zu verkaufen? Her zu mir, wer ein Mann
ist, und den Hunden die Zähne gezeigt! Alle Mächte der
Hölle sind mit uns! Lucifer ist unser Schlachtruf!“
Das Erscheinen des Schmugglerkönigs wirkte Wunder.

Seine Leute waren ein außerordentliches Korps; ausgemachte
Schurken, aber wetterfeste, unerschrockene und tapere Männer,
die sich sonst vor Tod und Teufel nicht fürchteten und nur
durch die unerwarteten Ereignisse für Augenblicke bestürzt und
erschreckt worden waren. Als jetzt aber ihr Führer, dem sie
gewohnt waren in unbedingtem Gehorsam blindlings zu folgen,
auf dem Kampfplatz erschien, gewannen schnell der sonstige,
kühne Mut und die absolute Verachtung jeder Gefahr in
diesem Gelbengelinde die Oberhand. Auf dem Hinterdeck
scharten sich um Albrecht Matthias im Nu seine Leute; keil-
förmig geordnet, gingen sie alsbald, der vermögende Führer an
ihrer Spitze, zum Angriff über. Wie ein Dämon der Unterwelt,
herausgestiegen um Verderben und Tod um sich her zu ver-
breiten, erschien der Schmugglerhauptide. Seine dunklen
Augen sprühten Flammen, wie Schlangen ringelten sich die
schwarzen Locken um sein totes Gesicht, jeder Streich seines
Armes fällte einen Gegner. Vergebens schossen Ludwig Günther,
Ambrosius, der „Meister“ und Oltmann ihre Pistolen auf
den Furchtbaren ab, er schien gegen das tödliche Wei geradezu
gefeil. Der jüngste Oltmann, ein echter tapferer und un-
erschrockener Wangerooer Junge, trat dem Schmugglerhauptide
entgegen, ein Säbelhieb streckte ihn blutend zu Boden. Sein
Bruder wollte ihn rächen, aber er teilte nur das Los des
Gefallenen. Der erst so mutigen Angreifer bemächtigte sich
allmählich Bestürzung und Schrecken, sie begannen langsam,
aber stetig zurückzuweichen. Vergebens boten Ludwig Günther,
Ambrosius und der „Meister“ alles auf, die Wankenden zum
Standhalten zu bewegen. Mit dem gellenden Kampfschrei
„Lucifer, Lucifer!“ holte jetzt die Schmuggler- und Seeräuber-
bande zum entscheidenden Ansturm aus. Der wilde Kriegs-
ruf schien außerdem ein Signal zu bilden, denn in demselben
Augenblick tauchte im Rücken der Verfolger eine neue
Schmugglerschar auf, an ihrer Spitze jener Georg, den Ludwig
Günther damals mit dem Schmugglerhauptide auf Wange-
rooge belauscht hatte. Lechterer hatte den leicht lenkbaren
Jüngling bewogen, seine Flucht zu teilen. Jetzt sollte derselbe
anscheinend das Schicksal des Tages entscheiden, denn derart

von zwei Seiten angegriffen, vermochten die Leute des „Meisters“
nicht standzuhalten; sie wichen weiter zurück und suchten sich
flüchtend die eigenen Schiffe wieder zu erreichen. Allein die
Schmuggler, von ihrem Erfolge angefeuert, ließen dies nicht
zu, und so entspann sich ein blutiges, furchtbares Hand-
gemenge, in welchem die Führer auf beiden Seiten wahre
Wunder der Tapferkeit verrichteten.
In blinder Wut, aufgeschwacht durch den Tod seiner
beiden Söhne und zugleich getrieben von der dunklen Vorstellung,
daß der Fall des Führers dem Kampfe eine andere, günstige
Wendung geben werde, suchte Oltmann an den Schmuggler-
kapitän heranzukommen. Nach langem vergeblichen Bemühen
glückte ihm dies auch. Schmerz und Jörn verließen dem be-
lagerten Vater Miesenträfte. Mit furchtbarer Gewalt
und in blühschneller Folge fauete die Faust auf den Gegner
nieder, aber den schloßte anscheinend sein höllischer Namens-
vetter. Mit wunderbarer Gewandtheit wußte er jedem Streich
des Gegners auszuweichen. So kam das Gefecht auf diese
Weise eine Weile zum Stillstand. „Helfen Sie mir, mich zu
dem Gallunten durchzuschlagen“, rief da Ambrosius dem
neben ihm kämpfenden Ludwig Günther zu, „der Augenblick
ist günstig und muß benutzt werden!“ Ohne die Absicht des
anderen zu erkennen oder zu erraten, folgte der Junke der
Aufforderung des Gefährten. Es gelang den beiden Männern
in der Tat auch, Albrecht Matthias zu erreichen. Diesem war
es soeben geglückt, sich seines wütenden Angreifers für den
Moment zu erwehren, ein wohlgezielter Dief hatte den alten
Oltmann kampfunfähig gemacht, und der Schmuggler holte
eben zum tödlichen Streiche aus, als Ludwig Günther ihm
ansah. Mit der Schnelligkeit eines gereizten Panthers wandte
sich der dämonische Mann dem neuen Gegner zu.

(Fortsetzung folgt.)

M. 147 (verbunden mit M. 46).
Weilburg, den 23. Januar 1915.
Das stellvertretende General-Kommando des 18. Re-
meekorps zu Frankfurt a. M. teilt mit, daß sich in letzter
Zeit die Besuche um Befreiung und Zurückstellung von
Militärpflichtigen stark häufen und daß die Besuche an-
statt an die zunächst zuständigen lokalen Instanzen direkt
bei dem General-Kommando eingingen.
Es wird daher hiermit darauf hingewiesen, daß sämt-
liche Besuche ausnahmslos an den zuständigen Zivilvor-
sitzenden der Ersatz-Kommission einzureichen sind.
Gleichzeitig unterseige ich hiermit den Herren Bürger-
meistern und Ortspolizeibehörden des Kreises, derartige
Besuche mit Beglaubigungen und Richtigkeitsbescheinigun-
gen zu versehen, ehe ihnen von mir entsprechende Auffor-
derung zur Prüfung der Anträge und zum Bericht dar-
über zugegangen ist.
Der Königliche Landrat: L e g.

Nichtamtlicher Teil.
Der Weltkrieg.
Großes Hauptquartier 28. Januar, mittags.
(W. T. B. Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
In der flandrischen Küste wurden die Ortschaften
Middelkerke und Sijpe von feindlicher Artillerie be-
schossen.
An den Graonner-Höhen wurden dem Feind
weitere an die vorgelagerten eroberten Stellungen östlich an-
schließende 500 Meter Schützengraben entziffen.
Der Feind hatte in den Kämpfen vom 25.—27.
Januar schwere Verluste. Ueber 1500 tote Franzosen
lagen auf dem Schlachtfelde, 1100 Gefangene einschl. der
am 27. Januar gemeldeten fielen in die Hände unserer
Truppen.
In den Bogesen wurden in Gegend Senömmes und
Bande-Sapt mehrere französische Angriffe unter schweren
Verlusten für den Feind abgeschlagen. Ein Offizier
und 50 Franzosen wurden gefangen genommen.
Unsere Verluste sind ganz gering. Fünf französische
Maschinengewehre blieben in unseren Händen.
In Oberelsaß griffen die Franzosen auf der Front
Niederbach—Heiterweiler—Hirzbachwald unsere Stel-
lungen bei Asbach, Ammersweiler und im Hirzbachwald
an. Ueberall wurden die Angriffe mit schweren Ver-
lusten für den Feind abgewiesen. Besonders stark
waren seine Verluste südlich Heiterweiler und südlich Am-
mersweiler, wo die Franzosen in Auflösung zurückwichen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Unbedeutende feindliche Angriffsversuche nordöstlich
Gumbinnen wurden abgewiesen. Bei Biezun, nordöstlich
Sieryp wurde eine russische Abteilung zurückgeschlagen.
In Polen sonst keine Veränderung.
Oberste Heeresleitung.
Berlin, 28. Jan. (ctr. Bln.) Aus Boulogne wird dem
„Berl. Lokalan.“ über Amsterdam gemeldet: Die Ankunft
zahlreicher Verwundeter in der Nacht zum 26. Januar
und dem darauf folgenden Morgen beweisen, daß der
Kampf bei La Bassée in großem Maßstabe wieder aufge-
nommen worden ist. Unausgesetzt kommen Hospitalzüge
und 40 Motorambulanz fahren täglich zwischen der Station
und den Krankenhäusern hin und her. Die Verwundeten
sind nicht imstande, eine klare Auskunft über die Schlacht
zu geben. — Das Große Hauptquartier hat inzwischen,
wie der „Berl. Lokalan.“ hervorhebt, bereits gemeldet,
daß die Versuche der Engländer, ihre am Kanal von La
Bassée verlorenen Stellungen wieder zu erobern, miß-
glückten.

von zwei Seiten angegriffen, vermochten die Leute des „Meisters“
nicht standzuhalten; sie wichen weiter zurück und suchten sich
flüchtend die eigenen Schiffe wieder zu erreichen. Allein die
Schmuggler, von ihrem Erfolge angefeuert, ließen dies nicht
zu, und so entspann sich ein blutiges, furchtbares Hand-
gemenge, in welchem die Führer auf beiden Seiten wahre
Wunder der Tapferkeit verrichteten.
In blinder Wut, aufgeschwacht durch den Tod seiner
beiden Söhne und zugleich getrieben von der dunklen Vorstellung,
daß der Fall des Führers dem Kampfe eine andere, günstige
Wendung geben werde, suchte Oltmann an den Schmuggler-
kapitän heranzukommen. Nach langem vergeblichen Bemühen
glückte ihm dies auch. Schmerz und Jörn verließen dem be-
lagerten Vater Miesenträfte. Mit furchtbarer Gewalt
und in blühschneller Folge fauete die Faust auf den Gegner
nieder, aber den schloßte anscheinend sein höllischer Namens-
vetter. Mit wunderbarer Gewandtheit wußte er jedem Streich
des Gegners auszuweichen. So kam das Gefecht auf diese
Weise eine Weile zum Stillstand. „Helfen Sie mir, mich zu
dem Gallunten durchzuschlagen“, rief da Ambrosius dem
neben ihm kämpfenden Ludwig Günther zu, „der Augenblick
ist günstig und muß benutzt werden!“ Ohne die Absicht des
anderen zu erkennen oder zu erraten, folgte der Junke der
Aufforderung des Gefährten. Es gelang den beiden Männern
in der Tat auch, Albrecht Matthias zu erreichen. Diesem war
es soeben geglückt, sich seines wütenden Angreifers für den
Moment zu erwehren, ein wohlgezielter Dief hatte den alten
Oltmann kampfunfähig gemacht, und der Schmuggler holte
eben zum tödlichen Streiche aus, als Ludwig Günther ihm
ansah. Mit der Schnelligkeit eines gereizten Panthers wandte
sich der dämonische Mann dem neuen Gegner zu.

(Fortsetzung folgt.)

Lokal-Nachrichten.

Weilburg, den 29. Januar 1915.

(*) Der Krieg und die Einjährig-Dienstzeit. Die während des Krieges abgeleistete Dienstzeit wird später auf die gesetzliche aktive Dienstzeit in Anrechnung gebracht; dies gilt auch für die mit der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst eingestellten Mannschaften.

• Kommunale Kriegsfürsorge und Frauenhilfe. Aus Königsberg-Oberhaverberg wird berichtet, daß neben den anderen Frauenvereinen auch die Frauenhilfe sich dem Magistrat für die Einholung von Ermittlungen und die Verteilung von Unterstützungen an Kriegerfrauen zur Verfügung gestellt hat. Zu diesem Zweck wurde das ganze Kirchspiel straßenweise unter die Damen der Frauenhilfe in der Weise verteilt, daß jede der Helferinnen etwa 30 Kriegerfrauen unter ihre spezielle Fürsorge nehmen konnte. Sie bleibt mit jeder Familie in enger Fühlung, lernt ihre besonderen Bedürfnisse kennen, beantragt die Unterstützung durch den Ortsgeistlichen und übermittelte die monatlich seitens der Stadt bewilligten Beihilfen. Besonders bemerkenswert ist auch, daß die Damen der Frauenhilfe oft auf dem schwierigen Gebiet der Mietsfrage als Vermittlerinnen zwischen Mietern und Vermietern — also im Sinne der Miet-Einigungsämter — haben wirken können.

• Die Quetschmühle. Ein Leser, von Beruf Leiter eines großen Hotelunternehmens, schreibt dem Frankfurter General-Anzeiger: Zweck besserer Ausnutzung der Paser-vorräte wäre es Landwirten und Pferdehaltern dringend anzuraten, sich eine Quetschmühle anzuschaffen. Ich habe seit zwei Jahren eine Quetschmühle im Gebrauch und erspare bei 6 Pferden täglich 6 Kilogramm Paser. Meine Pferde sind dazu in besserem Zustande als früher bei größerem Paserverbrauch. Angesichts des großen Pferdebestandes Deutschlands ließen sich enorme Ersparnisse machen. Um den kleinen Pferdehaltern die Anschaffungskosten für eine solche Mühle zu ersparen, und um das Verfüttern des gequetschten Pases zu fördern, könnte die Aufstellung solcher Maschinen von den Gemeinden, Korporationen oder Mühlen in die Wege geleitet werden.

Provinzielle und vermischte Nachrichten.

• Runkel, 26. Jan. Am letzten Sonntag hatte sich der Männergesangsverein Viederfranz-Runkel in den Dienst der Wohltätigkeit gestellt. Das von ihm zum Besten des Roten Kreuzes veranstaltete Konzert in der evangelischen Kirche war gut besucht. Es wurde durchweg nur Gutes geboten. Das Programm war mit Männerchören, Orgelspiel, Militärkapelle und Kinderchören abwechslungsreich gestaltet. Auch das Konzert im Saalbau Thomas erfreute sich eines guten Besuchs. Der Männergesangsverein brachte verschiedene, der Zeit angepasste Chöre zu Gehör, während die Militärkapelle Klaviertänze spielte. Alle Mitwirkenden an den Konzerten können des Dankes und Beifalls der Zuhörer, den in dem Abendkonzert Herr Pfarrer Meyer zum Ausdruck brachte, sicher sein. Der Veranstaltung war dem Vernehmen nach auch ein guter finanzieller Erfolg beschieden.

• Frankfurt, 27. Jan. In Regierungskreisen wird damit gerechnet, daß der gegenwärtigen Ueberproduktion an Schweinen im Frühjahr ein Mangel folgen wird. Das Reichsamt des Innern läßt daher sorgfältig durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft in allen größeren Städten Deutschlands größere Mengen Schweine einkaufen, schlachten und einfrieren. Für Frankfurt sind 35 000 Schweine vorgesehen.

• Berlin, 28. Jan. (ctr. Bln.) Der Geburtstag des Kaisers wurde laut „Berl. Tagbl.“ von einer Berliner Dame dadurch gefeiert, daß sie 3000 Bedürftige zu einem Mittagessen nach den Kaiserhallen lud.

• 7,989,940 Feldpostbriefe an einem Tag. Nach einer am 16. Januar vorgenommenen Zählung sind an diesem Tage aus dem Deutschen Reich 7,989,940 Feldpostbriefsendungen nach dem Felde abgegangen, nämlich 4,304,770 portofreie, also meist bis 50 Gramm schwere Feldpostbriefe und Postkarten und 3,685,170 schwere frankierte Feldpostbriefe und Feldpostpäckchen. Davon rührten her aus dem Reichspostgebiet 6,6 Millionen, aus Bayern rund 1 Million, aus Württemberg rund 0,4 Millionen Sendungen.

Letzte Nachrichten.

• Berlin, 28. Jan. (ctr. Bln.) Zu dem deutschen Vortritt in Polen wird der Voss. Ztg. aus Kopenhagen gemeldet, daß von militärischer Seite vor der Auffassung gewarnt wird, daß die Deutschen ihre bisherigen Anstrengungen, den Widerstand der Russen in Mittelpolen zu brechen, aufgeben hätten.

• Berlin, 29. Jan. Als ein Zeugnis für das wieder-erwachende wirtschaftliche Leben Belgiens kann die Tatsache angesehen werden, daß nach einem Bericht des Berl. Tagbl. gestern zum ersten Male seit Beginn des Krieges ein Schiff mit belgischen Mauersteinen in Amsterdam eingetroffen ist. Die Steine, die aus Hemigem kommen, seien für einen Baublock von 43 Häusern in dem sogenannten indischen Viertel bestimmt.

• Berlin, 29. Jan. (ctr. Bln.) Wie in holländischen Blättern nach der „Tägl. Rundschau“ festgestellt wird, finden die Angaben der deutschen Admiralität über die Verluste der englischen an der Seeschlacht wirklich Helgoland beteiligten Kriegsschiffe eine Bestätigung durch Reisende aus London.

• Berlin, 29. Jan. (ctr. Bln.) Welche Hoffnungen England auf einen Getreidemangel in Deutschland setzt, geht einem Berichte des „Berliner Lokal-Anzeiger“ zufolge aus der „Times“ hervor. Diese schreiben: Welche Bedeutung der Getreidemangel für den Krieg haben werde, werde sich erst im nächsten Sommer erkennen lassen. Auch die Kriegsergebnisse könnten hier von größtem Einfluß sein, da die großen mit Getreide bebauten Flächen des östlichen Deutschlands vor der neuen Ernte vom Feinde besetzt sein könnten.

• Der Lokal-Anzeiger meint hierzu: Gewiß werde viel von dem Verlauf der Kriegsergebnisse abhängen, daß aber der Feind Preußens Kornkammer und Getreideland bis zum Sommer besetzen werde, glauben die „Times“ wohl selbst nicht.

• Berlin, 29. Jan. (ctr. Bln.) Aus Boulogne wird dem Berl. Lokalanz. über London vom 28. gemeldet: Das Gefecht bei La Bassée dauert fort. Ambulanzzüge kamen bis um 4 Uhr morgens hier an. Eine größere Anzahl weiterer Verwundeter wurde abends erwartet. Der Kampf begann am Sonntag; er wurde mit einem Angriff auf die englischen Laufgräben eingeleitet, die von den Deutschen erobert wurden.

• Konstantinopel, 28. Jan. (W. T. B. Nichtamtlich.) Aus Erzerum wird berichtet, daß die den Russen in den letzten Kämpfen abgenommenen Geschütze unter unendlichem Jubel der Bevölkerung nach Erzerum gebracht worden sind.

Ein neuer Generalfeldmarschall.



• Der Geburtstag des Kaisers hat der Armee eine große Reihe von Beförderungen gebracht. An der Spitze steht die Ernennung des hiesigen Führers der 2. Armee, des Generalobersten von Bülow zum Generalfeldmarschall.



Berufsliste.

(Oberlahn-Kreis.)

Landwehr-Gras-Regiment Nr. 4.
Hilff. August Knögel aus Schupbach lsw. b. d. Tr.,
Wehrm. Wilhelm Jung aus Blesbach schw., Wehrm.
August Legner aus Weinbach schw., Wehrm. Wilhelm
Schäp aus Weilmünster lsw.
Infanterie-Regiment Nr. 28.
Ers.-Ref. Ernst Dragasser aus Weilburg schw.
Gusaren-Regiment Nr. 13.
Huf. Willi Weitenberger aus Weilburg lsw.
1. Pionier-Bataillon Nr. 21.
Pion. Heinrich Haugel aus Aulenhäusen lsw.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 31. Januar, vormittags 10 Uhr, predigt
Pfarrer Möhn. Lieder „Wir treten zum Beten“ und
Nr. 260. Kindergottesdienst. Der Nachmittags-gottesdienst
fällt aus.

Katholische Kirche.

Freitag nachm. 6 1/2 Uhr Kriegsandacht. Samstag
nachm. 5 Uhr Beichtgelegenheit, 6 Uhr Salve.
Sonntag 7 Uhr Beichtgelegenheit, 8 Uhr Frühmesse,
9 1/2 Uhr Hochamt mit Predigt, 2 Uhr Andacht.
Montag nachm. 5 Uhr Beichtgelegenheit.
Dienstag: Fest Mariä Lichtmess Gottesdienst wie an
Sonntagen.
Während der Woche 7 Uhr heil. Messe. Montag
und Donnerstag eine zweite heil. Messe um 8 Uhr.

Synagoge.

Freitag abends 4 Uhr 50 Min. Samstag morgens
8 Uhr 30 Min. Nachmittags 3 Uhr 30 Min. Abends
6 Uhr 05 Min.

Oberförsterei Merenberg.

Donnerstag, den 4. Februar, von 10 Uhr ab kommen
in der Wirtschaft Fries zu Wibelau aus dem Schutzbezirk
Odersbach Distr. 2 Schwarzenbergerbau, 3, 4 Beising,
6, 7 Finkenheck, Raubschloß, 8 Beldeßwald, 10 Eifemer-
lopf, 14, 15 Gehren zum Verkauf:
Eichen: 3 Stämme (Distr. 2 u. 8) = 2,32 fm, 3 rm
Knüppel; Buchen: 2 Stämme 2r und 3r Klasse (Distr. 10
Nr. 58, Distr. 2 Nr. 113) = 2,65 fm, (2 Hainbuchen
Distr. 2 Nr. 6 u. 17 = 2,92 fm, 462 rm Scheit, 215
rm Knüppel, 58 Pdt. Wellen; Nadelholz: 26 Stangen 1r
bis 3r., 90 4r und 6r Klasse, 44 rm Knüppel, 6 rm Keiser.
Das Nadelholz wird zuerst verkauft.

Roles Kreuz.

Wolle zum Stricken hat abzugeben.
Fräulein Kemp.

Wer Brotgetreide versüßert, versün-
digt sich am Vaterlande und macht
sich strafbar.

Roles Kreuz.

Abteilung 2.

Die Arbeit der Abteilung 2 wird dadurch sehr
schwierig, daß einzelne Unterstützungs-gesuche überhaupt
auf dem vorgeschriebenen Formular und andere
nur mangelhaft angefertigt werden, so daß sich nur
ein genaues Bild über die einzelnen Fälle gewinnen
und immer wieder Rückfragen nötig werden. Die
Ortsausschüsse werden herzlich und dringend ge-
beten, doch mindestens einmal monatlich zusammenzukom-
men, um über die in Betracht kommenden Familien-
beraten und den genau ausgefertigten Fragebogen gemein-
sam unterschreiben. Besonders ist auch anzugeben, was von
der Zivil- und Kirchengemeinde, sowie des Ortsaus-
schusses bisher geschehen ist und noch geschieht. Die
ausgefüllten Bogen sind dann durch den Ortsaus-
schuß, bis zum 10. jeden Monats
hierher einzusenden. Unvollständige und nicht vor-
ständig ausgefüllte Unterstützungs-gesuche sollen nach
schluß des Gesamtausschusses der Abt. 2 in Zukunft
mehr berücksichtigt werden. Wir bitten die Ortsaus-
schüsse herzlich im Interesse der in Frage kommenden Fam-
lien um gütige Erfüllung vorstehender Bedingungen.

Holzversteigerung.

Dienstag, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr
kommen aus dem hiesigen Gemeindefeld zur Versteigerung
aus Distr. 10 Alteburg, 3 u. 5 Hellschlag:
15 Rmtr. Eichen-Scheit u. Knüppel, 2 m
30
10,90 Hundert Eichen-Wellen,
204 Rmtr. Buchen-Scheit u. Knüppel,
41,90 Hundert Buchen-Wellen,
45 Rmtr. Nadelholz in Haufen.
Anfang im Distrikt Alteburg.
Parig-Seidenhausen, den 27. Januar 1915.
Der Bürgermeister.

Kartoffel-Mehl

(feinste Sorte)

stets vorrätig

Louis Kohl,
Weilmünster.

Holzverkauf der Oberförsterei Weilburg (Windhof.)

Dienstag, den 2. Februar, von 10 Uhr
kommen in der Wirtschaft Michel zu Ahausen aus
Schutzbezirk Drommershausen Distr. 60a Birkenwarth,
63 b Geborntheil, Distr. 64 Ziegengraben und
Distr. 65 zum Verkauf:
Eichen: 1 Stamm = 0,6 fm. (Distr. 60), 17
Scheit und Knüppel;
Buchen: 316 rm Scheit, 227 rm Knüppel, 96
Wellen;
Fichten: 1 Stamm = 1,16 fm (Distr. 65), 48
Scheit und Knüppel.

Offertiere für morgen Samstag:

la Ochsenfleisch

à Pfund 75 Pfg.

jerner halte mich in allen Fleisch- und Wurstwaren be-
empfohlen.

Messgerei Schwarz.

Telephon Nr. 141.

Öffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Weilburg.

Wieder zeitweise heiter, stichweise noch leichte Sa-
fälle ein wenig milder.

Wetter in Weilburg.

Vöchste Lufttemperatur gestern	-2°
Niedrigste heute	-13°
Niederschlagshöhe	0 mm
Lahnpegel	1,86 m

Pferdebursche

zuverlässig und nüchtern, zum
baldigen Eintritt gegen guten
Lohn gesucht.

R. Rosenthal,
Pferdehandlung,
Diez a. L.

Fertige Betten

in bester Ausführung stets
vorrätig. Eigene Fabrikat.

A. Thilo Nachf.
Möbelhandlung.

Junge

kann in die Lehre treten bei
Germann Siegfried,
Spengler u. Installateur.

Lüchtiger Junge

kann zu Ostern in die Lehre
treten. Wo sagt die

Monatsmädchen

gesucht. Von wem sagt
Expedition.

Wohnung,

bestehend aus 7 Zimmern
Badzimmer u. Zubehör, in
Licht u. Gas per 1. Klasse
1915 anderweitig zu vermieten
Rosentanz Markt

Kopierbücher

zu 250, 500 und 1000
empfehlen A. Gramel